

Raubtierkapitalismus auf Russisch

Wie das Land in der Jelzin-Ära den Finanzhyänen zum Opfer fiel.

Zuerst befreite Boris Jelzin, der erste Präsident des neuen Russland, seinen Staat von Planwirtschaft und Produktionssoll. Niemand wurde mehr bestraft wegen selbständigen Handels mit Nylonstrümpfen in dunklen Hauseingängen oder selbstgebackenen Küchlein auf dem Bahnsteig

Doch nach einem USA-Besuch zeigte Jelzin sich entflammt von der amerikanischen Freiheit: „Über 50 Jahre hat man mir in den Kopf gehämmert, der Kapitalismus sei zum Sterben verurteilt. Nach zwei Tagen sehe ich, dass er blüht und gedeiht.“ Jelzin entschied sich gegen das Muster der sozialen Marktwirtschaft und für die Chicago Boys.

Deren Emissär Jeffrey Sachs, ein radikaler Monetarist, riet unverfroren, Russland sofort und ungeschützt dem Weltmarkt anzuschließen: „Wer sich abschotet, verliert.“ Westliche Banken und Exporteure jubelten.

Preise und Rubel-Kurs wurden 1992 freigegeben – das Übrige würde schon der ungehemmte Kampf ums Dasein auf dem freien Markt besorgen. Das hieß freilich, einen unerfahrenen, maladen Azubi dem Hochleistungswettbewerb mit bestens trainierten Konkurrenten auszusetzen. Da konnten allenfalls erfahrene Schwarzhändler aus der Schattenwirtschaft mithalten.

Sinnvoll wäre es gewesen – und ist es heute noch, nach acht verlorenen Jahren –, gemäß den auch in Russland populären Rezepten des Professors Ludwig Erhard, erst einmal einen Rechtsstaat zu schaffen und für eine Übergangszeit mit Schutzzöllen, Devisenkontrollen und gezielten Krediten die Konversion der Rüstungsfabriken voranzutreiben, die Konsumgüterproduktion und die Landwirtschaft zum Blühen zu bringen: Gelder aus dem Ausland hätten jenem Maß an Verwendungskontrolle unterliegen müssen, wie es jede Sparkasse einem deutschen Darlehnsnehmer abverlangt. Putin befand damals, der Reformator „Erhard gefällt mir.“

Es kam anders, mit der Nachhilfe des Westens. Angesagt war die „Umwandlung des Kollektivbesitzes der Nomenklatura in

Privatbesitz ihrer einzelnen Mitglieder“ (so ZK-Funktionär Nowikow). Viele gründeten Banken und schossen untereinander den Markt aus, was binnen fünf Jahren 80 Bankiers das Leben kostete.

Jelzin nahm sich zum Muster, was Exkanzler Helmut Schmidt den „spekulativen Raubtierkapitalismus“ der USA genannt hat. Die Inflation galoppierte und raubte den Bürgern alle ihre Ersparnisse. Nächster Raubzug war die Privatisierung der Betriebe. Sie sollte über Anrechtsscheine („Voucher“) allen Bürgern glei-



Auftragsmorde in Moskau (1998)
Untereinander den Markt ausgeschossen

chermaßen zur Mitbeteiligung an der Volkswirtschaft verhelfen, so hieß es. Doch wegen der Inflation gelang vor allem Händlernetzen der Kauf der Papiere, Betriebsdirektoren ließen sich Voucher ihrer Belegschaft abtreten – und schon bald konzentrierte sich das lukrative Volksvermögen in den Händen weniger Oligarchen.

Am einträglichsten war der Erwerb ganzer Konzerne. Dafür erfand ein Konsortium von Großbanken einen phantas-

tischen Trick: Es ließ 1995 der klammen Administration neun Billionen Rubel (damals knapp zwei Milliarden Dollar) für ihre dringendsten Ausgaben. Dafür verpfändete die Regierung ihre Anteile an Großbetrieben, die den Banken anheim fielen, wenn der Staat binnen drei Jahren den Mammutkredit nicht zurückzahlte. In vier von elf Fällen tilgte er nicht. Die Ölkonzerne Sidanko und Sibneft sowie die Firma Jukos gingen an vier Großbankiers.

Das nächste Glücksrad hieß Versteigerung. Als große Unternehmen zwecks Privatisierung zur Auktion gingen, durften Banken die Gebote annehmen und konnten – in Kenntnis der Offerten – selbst mitbieten. Sie wählten die zugelassenen Bieter aus und bevorzugten dabei eigene Tochterfirmen.

Nach dem Urteil des deutschen Russland-Experten Wolfgang Kartte war der Jukos-Konzern auf dem Weltmarkt mit seinen Ölreserven gut 40 Milliarden Dollar wert. 45 Prozent der Jukos-Anteile fielen drei Banken für ganze 159 Millionen Dollar zu (Umsatz 1997: knapp sechs Milliarden Dollar). Einziger Konkurrent war ein Konsortium in derselben Zusammensetzung, unter anderem Namen, das 150 Millionen Dollar geboten hatte. „Wo sonst auf der Welt“, so Jukos-Chef Michail Chodorkowski, „kann man so viel Geld verdienen wie in Russland?“

Der Ölkonzern Lukoil erwarb Aktien der eigenen Firma zum Preis von einem Dollar je Aktie, für die der ausländische Investor Arco über sechs Dollar zahlen musste; im nächsten Jahr hatte sich ihr Kurs verdoppelt. Im Januar 1997 kaufte der Geldvermehrter Wladimir Potanin 51 Prozent des Ölkonzerns Sidanko für 130 Millionen Dollar und verkaufte nach zehn Monaten zehn Prozent wieder an British Petroleum – für 571 Millionen Dollar.

In die russischen Produktionsbetriebe wurde kaum etwas investiert – nur ein Siebtel des bei Industriestaaten üblichen, für Firmenkredite verwendeten Anteils am Bruttoinlandsprodukt. Joint Ventures mit Auslandsfirmen, von denen Anfang der neunziger Jahre allein die Hälfte in St. Petersburg zu Stande kam – zumeist ausgehandelt von dem zuständigen Vize-Stadtchef Putin –, wurden von der unproduktiven Konkurrenz nach Kräften behindert.

Putin war es, der als Vizebürgermeister in St. Petersburg (sieben Dollar Monats-

gehalt) der Kaugummifirma Wrigley und der Dresdner Bank die Lizenz für eine Filiale besorgte, auch einem Schweizer Spiel-Casino am Newski-Prospekt. Heute ärgert er sich, dass es ihm damals nicht gelungen sei, „die Casinos ganz zu ersticken“, sie mindestens „zu zwingen, fürs Wohl der Allgemeinheit zu arbeiten“.

Die Versorgungslücken füllte der Weltmarkt. Joghurt und Eier, Waschmittel und sogar Wodka kamen en gros aus Deutschland, dessen Export nach Russland Anfang 1998 um 43 Prozent anstieg. 40 Prozent der EU-Rindfleischausfuhr gingen 1997 in Jelzins Reich: Billigste Rindfleischbüchsen aus westeuropäischen Magazinen ließen die russische Viehwirtschaft schrumpfen, Brathähnchen aus den USA erledigten den landeseigenen Hühnerhof. „Wir, der Westen“, schimpft Insider Kartte, „haben Russland daran gehindert, eine eigene Industrie zu entwickeln, weil wir unsere Waren hineingepumpt haben.“

Die schnellste Bereicherung ermöglichte der damalige Vizepremier Anatolij Tschubais, ein guter Bekannter Putins, mit kurzfristigen Schuldverschreibungen des russischen Staates, der darauf bis zu 200 Prozent Zinsen gewährte. Kartte nannte das Verfahren eine „Strategie zur Ausplünderung“ Russlands.

IWF und Weltbank stifteten fast 24 Milliarden Dollar Hilfe. Oligarch Wladimir Gussinski befand voriges Jahr: „Der IWF finanziert den russischen Staatsbankrott.“ Moskaus Oberbürgermeister Jurij Luschkow kennt kein vom Westen finanziertes wichtiges Projekt, „das zur Schaffung von Arbeitsplätzen oder einer gewinnbringenden Produktion geführt hätte“.

Deutsche Geschäftsbanken liehen dazu noch 55 Milliarden Mark – laut West-Tycoon George Soros und ebenso laut Jeffrey Sachs eher zu wenig. Viel Geld floss nach Russland, viel mehr – nach Regierungsschätzungen rund 200 Milliarden Dollar – strömte dagegen in umgekehrter Richtung auf Konten in der Schweiz, auf Zypern und den Bahamas – unerreichbar für russische Steuerfahnder.

Obwohl jeder dritte Russe unter dem Existenzminimum lebt, weiß der Medien-Oligarch Wladimir Gussinski: „Wir sind eigentlich ein reiches Land.“

FRI TJOF MEYER



Oligarch Beresowski, Leibwächter: Auftreten und Allüren eines Zaren



Oligarchen Gussinski, Potanin, Chodorkowski: Zittern vor der Zukunft

Arbeitsminister José Piñera nach Moskau und pries dessen radikale Vorschläge zu einer Pensionsneuregelung. Um dem chilenischen Modell zu folgen, müsse man „nicht gleich die Demokratie abschaffen“, wand sich Putins Wirtschaftsberater.

Sein Gesinnungsgenosse Pjotr Awen, der einflussreiche und in der Umgebung des Präsidenten hoch geschätzte Chef der Moskauer Alfa-Bank, formulierte deutlicher. „Mit totalitärer Macht“ solle der Präsident neoliberale Wirtschaftsreformen durchsetzen, Russland habe „keine andere Wahl“. Awen weiter: „Ich bin ein Anhänger Pinochets.“

Weder soziale Marktwirtschaft noch diktatorischer Manchesterkapitalismus: Die dritte Kraft, die um die Gunst des Präsidenten kämpft, sind die berühmten Oligarchen – jenes Dutzend mächtiger Konzernherren, die sich in den letzten Jahren durch ihre Verbindungen zur alten Elite mit ihrer Kontrolle über Rohstoffe die Taschen voll gestopft haben. Sie sind die Profiteure des russischen Niedergangs, die lachenden Erben der Planwirtschaft. Sie wollen, dass alles so bleibt wie unter Boris Jelzin, am liebsten hätten sie zusätzlich noch eine Bestandsgarantie vom neuen Präsidenten.

Obenauf fühlt sich vor allem Boris Beresowski, 54, Herr über Autohandel, Öl-

gesellschaften, die Aeroflot und den landesweit größten Fernsehsender ORT.

Zimmerfluchten, die in Gänge übergehen, die zu immer neuen Zimmerfluchten führen, Türen über Türen wie in Kafkas „Schloss“: Beresowski hält gern Hof in seinem mit Antiquitäten voll gestopften Firmensitz, einem prunkvoll umgebauten ehemaligen Kindergarten am rechten Moskwa-Ufer – wie ein Großfürst zu Katharinas Zeiten. Nur dass statt der damaligen Kutschen heute abgedunkelte, gepanzerte Mercedes vor Tor gleiten und die todschicken Sekretärinnen Mini tragen.

Der Tycoon höhnt, Gref sei „schwach, inkompetent, unfähig zu strategischem Denken“. Beresowski hat sich eben unter den Augen des Präsidenten einen großen Anteil an der Aluminiumindustrie gesichert, den bisherigen Besitz des Großunternehmers Anatolij Bykow, der verhaftet wurde und nun unter dem Vorwurf diverser Auftragsmorde und Geldwäsche im Gefängnis von Krasnojarsk sitzt.

Beresowski glaubt, sich die ewige Abhängigkeit, womöglich die Abhängigkeit Putins gesichert zu haben. Dessen Wahlsieg wäre ohne die massive Unterstützung des Oligarchen nicht möglich gewesen: ORT trommelte rund um die Uhr für den Kandidaten. Der Mann, der sich in Interviews gern als der wahre Zar geriert, rechnet nun fest mit der Erneuerung der TV-Lizenz, die im Mai ansteht. Aber der Termin ist auch eine Chance für Putin zu zeigen, wer Herr ist im Haus Russland. Noch braucht Putin wohl die Oligarchen,

„Mit totalitärer Macht“ wie einst Chiles Diktator Pinochet solle Putin neoliberale Reformen durchsetzen, fordert Bankier Awen

Männer wie die Erdöl-Tycoons Abramowitsch (Sibneft) und den Generaldirektor Djatschenko (East Coast Petroleum), Schwiegersohn Boris Jelzins; den Immobilienhai Smagin; den Computerboss Tarassow; die Bankherren Potanin und Winogradow. Seit der erste Teil des Steuergesetzes in Kraft trat, zahlen die Konzerne immerhin regelmäßig Abgaben an den Staat. Mit Sicherheit nicht so viel, wie sie müssten, wenn sie alle ihre Gewinne deklarierten, aber doch so viel, dass ihre Gel-